

ÖGB-Frauen: Elternteilzeit für alle

02.05.2012 | 18:13 | Von Karl Ettinger (Die Presse)

Ministerin Heinisch-Hosek will den Rechtsanspruch kürzen: Gewerkschafterinnen fordern zuerst eine Lösung in Kleinbetrieben. Die Industrie lobt die Ministerin, ein Experte warnt vor einer Reduktion.

MEHR ZUM THEMA:

- [Frauenministerin will Recht auf Eltern-Teilzeit kürzen](#)

Wien/St.lambrecht. „Über das kann man auch noch diskutieren.“ Für die Gewerkschafterinnen ist das Vorpreschen von SPÖ-Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, den Rechtsanspruch auf Teilzeit für Eltern von sieben auf vier Jahre zu verkürzen, aber nicht das wichtigste Anliegen. „Das ist mir zu wenig zu sagen, wir verkürzen von sieben auf vier Jahre“, stellt ÖGB-Frauenchefin Brigitte Ruprecht im Gespräch mit der „Presse“ fest. Ginge es nach ihr, müsste zuerst die Elternteilzeit in allen Betrieben eingeführt werden, während bisher nur (weibliche) Beschäftigte in Firmen ab 20 Mitarbeitern profitieren. Sie bringt es so auf den Punkt: „Mir wäre recht, lieber hundert Prozent die vier Jahre.“



Buch des Monats: Geliebte Knollen

Achim Schwekendiek präsentiert in seinem Buch die vielen Sorten, außergewöhnliche Rezepte, Warenkunde, Einkaufs- und Lagertipps rund um die Kartoffel u.v.m. Jetzt die „Presse“ 3 Wochen testen und ein Buch gewinnen! [Weitere Informationen »](#) Mit ihrer Aussage im „Standard“ heimste die Frauenministerin auch ungewohnten Zuspruch ein. Die Industriellenvereinigung unterstützte am Mittwoch die Initiative für eine kürzere Elternteilzeit. Begründung der Industrie: Die jetzige Regelung führe, wie auch Heinisch-Hosek betont, in der Praxis zu Problemen. Die Ministerin möchte daher den Rechtsanspruch von sieben Jahren auf die Zeit des Kündigungsschutzes von vier Jahren reduzieren.

„Umstieg auf Vollzeit anbieten“

Die ÖGB-Frauenvorsitzende nennt nicht nur die Ausweitung auf Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten als Bedingung. Voraussetzung für eine Verkürzung sei auch, „dass die Kinderbetreuung tatsächlich vorhanden ist“. Sonst gebe es für Mütter (viel seltener sind es derzeit Väter) gar keine Wahlfreiheit. Außerdem müssten die Betriebe verpflichtet werden, bei Freiwerden eines Vollzeitarbeitsplatzes diesen zuerst teilzeitbeschäftigten Frauen im Betrieb anzubieten. Völlig recht habe Heinisch-Hosek, dass mit Teilzeit letztlich keine ausreichend hohe Pension gesichert sei, so Ruprecht.

Der Leiter des Instituts für Familienforschung, Wolfgang Mazal, beutelt beim Plan der Frauenministerin den Kopf. „Ich finde es schade, dass man ein Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zurückschrauben will“, betont der Arbeits- und Sozialrechtsexperte im Gespräch mit der „Presse“: „Es sollte diese Möglichkeit nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.“ Denn viele Mütter würden sich ausdrücklich wünschen, bis zum Schuleintritt des Kindes Teilzeit in Anspruch zu nehmen.

Er warnt zugleich vor Bestrebungen, von Geld- zu Sachleistungen umzuschichten, wie er das bei der SPÖ registriert. Das gehe auf „nicht valide Zahlen“ zurück, nach denen in Österreich Geldleistungen für Familien im internationalen Vergleich „künstlich hoch“ (Mazal) seien. In Österreich würden Familienbeihilfen bis 24 bzw. 26 Jahren einberechnet, in anderen Ländern nur bis 18 oder 21 Jahren, alles darüber falle dort unter

Sozialleistungen. Über Sachleistungen für Familien gebe es in Österreich umgekehrt „künstlich niedrige“ Zahlen wegen „interner Verwaltungsprobleme“. Bis heute fehlten Daten aller Gebietskörperschaften über Familienförderungen, sagt Mazal. Er ist auch wissenschaftlicher Leiter der Denkwerkstatt im steirischen St.Lambrecht, wo seit Mittwoch Sozialfragen („Lebensentwürfe und Institutionenfragen“) diskutiert werden.

ÖVP-Wirtschaftsbund skeptisch

Der Generalsekretär des ÖVP-Wirtschaftsbundes, Peter Haubner, ist „gesprächsbereit“, aber skeptisch gegenüber dem Vorstoß der Ministerin: „Es ist einer der zahllosen Vorschläge von ihr“, meint er etwa unter Hinweis auf einen Papamonat in der Privatwirtschaft. „Man kriegt den kleinen Finger, und auf der anderen Seite will sie die ganze Hand. Das geht nicht“, warnt Haubner. Und: „Ansprechpartner ist der Familienminister.“

ÖGB-Frauen: Elternteilzeit für alle

02.05.2012 | 18:13 | Von Karl Ettinger (Die Presse)

Ministerin Heinisch-Hosek will den Rechtsanspruch kürzen: Gewerkschafterinnen fordern zuerst eine Lösung in Kleinbetrieben. Die Industrie lobt die Ministerin, ein Experte warnt vor einer Reduktion.



Drucken SendenMerken Vorlesen **AAA** Textgröße Kommentieren

MEHR ZUM THEMA:

- [Frauenministerin will Recht auf Eltern-Teilzeit kürzen](#)

Wien/St.lambrecht. „Über das kann man auch noch diskutieren.“ Für die Gewerkschafterinnen ist das Vorpreschen von SPÖ-Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, den Rechtsanspruch auf Teilzeit für Eltern von sieben auf vier Jahre zu verkürzen, aber nicht das wichtigste Anliegen. „Das ist mir zu wenig zu sagen, wir verkürzen von sieben auf vier Jahre“, stellt ÖGB-Frauenchefin Brigitte Ruprecht im Gespräch mit der „Presse“ fest. Ginge es nach ihr, müsste zuerst die Elternteilzeit in allen Betrieben eingeführt werden, während bisher nur (weibliche) Beschäftigte in Firmen ab 20 Mitarbeitern profitieren. Sie bringt es so auf den Punkt: „Mir wäre recht, lieber hundert Prozent die vier Jahre.“



Buch des Monats: Geliebte Knollen

Achim Schwekendiek präsentiert in seinem Buch die vielen Sorten, außergewöhnliche Rezepte, Warenkunde, Einkaufs- und Lagertipps rund um die Kartoffel u.v.m. Jetzt die „Presse“ 3 Wochen testen und ein Buch gewinnen! [Weitere Informationen](#) »

Mit ihrer Aussage im „Standard“ heimste die Frauenministerin auch ungewohnten Zuspruch ein. Die Industriellenvereinigung unterstützte am Mittwoch die Initiative für eine kürzere Elternteilzeit. Begründung der Industrie: Die jetzige Regelung führe, wie auch Heinisch-Hosek betont, in der Praxis zu Problemen. Die Ministerin möchte daher den Rechtsanspruch von sieben Jahren auf die Zeit des Kündigungsschutzes von vier Jahren reduzieren.

„Umstieg auf Vollzeit anbieten“

Die ÖGB-Frauenvorsitzende nennt nicht nur die Ausweitung auf Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten als Bedingung. Voraussetzung für eine Verkürzung sei auch, „dass die Kinderbetreuung tatsächlich vorhanden ist“. Sonst gebe es für Mütter (viel seltener sind es derzeit Väter) gar keine Wahlfreiheit. Außerdem müssten die Betriebe verpflichtet werden, bei Freiwerden eines Vollzeitarbeitsplatzes diesen zuerst teilzeitbeschäftigten Frauen im Betrieb anzubieten. Völlig recht habe Heinisch-Hosek, dass mit Teilzeit letztlich keine ausreichend hohe Pension gesichert sei, so Ruprecht.

Der Leiter des Instituts für Familienforschung, Wolfgang Mazal, beutelt beim Plan der Frauenministerin den Kopf. „Ich finde es schade, dass man ein Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zurückschrauben will“, betont der Arbeits- und Sozialrechtsexperte im Gespräch mit der „Presse“: „Es sollte diese Möglichkeit nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.“ Denn viele Mütter würden sich ausdrücklich wünschen, bis zum Schuleintritt des Kindes Teilzeit in Anspruch zu nehmen.

Er warnt zugleich vor Bestrebungen, von Geld- zu Sachleistungen umzuschichten, wie er das bei der SPÖ registriert. Das gehe auf „nicht valide Zahlen“ zurück, nach denen in Österreich Geldleistungen für Familien im internationalen Vergleich „künstlich hoch“ (Mazal) seien. In Österreich würden Familienbeihilfen bis 24 bzw. 26 Jahren einberechnet, in anderen Ländern nur bis 18 oder 21 Jahren, alles darüber falle dort unter Sozialleistungen. Über Sachleistungen für Familien gebe es in Österreich umgekehrt „künstlich niedrige“ Zahlen wegen „interner Verwaltungsprobleme“. Bis heute fehlten Daten aller Gebietskörperschaften über Familienförderungen, sagt Mazal. Er ist auch wissenschaftlicher Leiter der Denkwerkstatt im steirischen St.Lambrecht, wo seit Mittwoch Sozialfragen („Lebensentwürfe und Institutionenfragen“) diskutiert werden.

ÖVP-Wirtschaftsbund skeptisch

Der Generalsekretär des ÖVP-Wirtschaftsbundes, Peter Haubner, ist „gesprächsbereit“, aber skeptisch gegenüber dem Vorstoß der Ministerin: „Es ist einer der zahllosen Vorschläge von ihr“, meint er etwa unter Hinweis auf einen Papamonat in der Privatwirtschaft. „Man kriegt den kleinen Finger, und auf der anderen Seite will sie die ganze Hand. Das geht nicht“, warnt Haubner. Und: „Ansprechpartner ist der Familienminister.“